Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 10

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NACHRUF AUF EIN JAHR DES ÜBERGANGS

Sucht man nach einer Charakterisierung für das zu Ende gegangene innenpolitische Jahr, so drängt sich das Wort «Übergang» auf. Es fehlte an wirklich dramatischen Akzenten, doch warfen kommende Ereignisse ihre Schatten voraus. Wichtige Verfassungsvorlagen sind in Angriff genommen worden, ohne dass noch ein klares Ende abzusehen wäre. Anderseits beginnen bereits wahltaktische Überlegungen mit in die Diskussionen hineinzuspielen, etwa in der Art: Kann diese oder jene Vorlage noch in so grosser zeitlicher Distanz über die Bühne gebracht werden, ohne dass sie in die Vorgeplänkel des Wahlherbstes 1975 hineingerät? Oder ist vielmehr zu versuchen, sie so weit zu verzögern, dass die Abstimmung in die Zeit nach den Wahlen fällt?

Wankelmütige Wohlstandskritik

Symptome des Übergangs gibt es aber auch in weiteren Bezirken und tieferen Schichten. Die Welle der «Reichtumssteuern» wäre nicht denkbar, wenn sie nicht bestimmte psychologische Grundverhalte ansprechen könnte: das Gefühl, dass der Wohlstand selbstverständlich sei, dass es nur darum gehe, ihn «noch gerechter zu verteilen»; die Tendenz einer saturierten Gesellschaft, Neidkomplexe zu entwickeln aus einer äusserlichen Situation heraus, die scheinbar alles erreichbar macht und entsprechende Bedürfnisse weckt, ohne dass diese für die grosse Mehrheit aber in ihrer Totalität erfüllbar wären.

In diesem Zusammenhang von unverrückbaren psychologischen Bedingungen zu sprechen, wäre allerdings verfehlt. Die in den letzten Jahren rasch angestiegene Wohlstandskritik fällt jeweils rasch wieder in sich zusammen, sobald sich ernsthaftere Anzeichen einer Rezession ankündigen. Und was die deutliche Sensibilisierung des «Umweltbewusstseins» anbelangt, so konnte man gerade in allerjüngster Zeit mit einigem Erstaunen feststellen, wie rasch sich die Optik ändern kann. Waren Atomkraftwerke noch vor kurzem in den Augen weiter Kreise des Teufels, so brachte die plötzliche Energiekrise eine auffällige Verschiebung der Proportionen. Leere Strassen am Sonntag, kühlere Zimmertemperaturen, kälteres Badewasser, pessimistische Energieprognosen sorgten dafür, dass die laute Kritik leiser und leiser wurde.

Frustriertes Ja zu einer Konjunkturpolitik des Übergangs

Solche scheinbar wetterwendische Schwankungen täuschen allerdings nicht darüber hinweg, dass die westliche Industriegesellschaft und damit unser Kleinstaat vor schwer lösbaren Strukturproblemen steht. Sinnfälliger Ausdruck davon ist zum Beispiel die Inflation. Dass wir gewissermassen gelernt haben, «mit ihr zu leben», macht die Sache nur noch schlimmer. Und dass

sie eine internationale Erscheinung ist, ist ein ausgesprochen schwacher Trost. Es scheint, dass die Resignation immer grösser wird. Wer glaubt, dass der Volksentscheid vom 2. Dezember gegen diese These der Resignation spreche, der möge die folgenden Symptome bedenken: Im Landesdurchschnitt gingen 30 Prozent der Stimmbürger an die Urne, und dies, obwohl es der gegnerischen Propaganda offensichtlich nicht an Mitteln zur Aufrüttelung fehlte. Eine Mehrheit dieser krassen Minderheit also schenkte einem Konzept das Vertrauen, das in der Darstellung der befürwortenden Theoretiker in Radio, Fernsehen und Presse nicht gerade an Profil gewann. Man wurde den Eindruck nicht los, dass es auch unter den positiv eingestellten Nationalökonomen sehr verschiedene Meinungen gibt. Jener namenlose Teilnehmer an einer öffentlichen Versammlung mag daher vielen aus dem Herzen gesprochen haben, wenn er ausrief, man komme immer weniger draus, doch bleibe wohl nichts anderes übrig, als ein «frustriertes Ja» einzulegen.

Eine Minderheit des Volkes also stimmte Ja, aus dem Gefühl heraus, dass ganz einfach «etwas geschehen müsse». Eine Mehrheit des Volkes aber blieb zu Hause, wohl nicht zuletzt deshalb, weil es sich sachlich überfordert fühlte oder weil es das niederdrückende Empfinden hatte, «es nütze ja doch nichts». Es wird Mut und grosses Verantwortungsgefühl brauchen, um auf dieser Basis das verfassungsmässige Gerüst für eine längerfristige konjunkturpolitische Kompetenzordnung zu zimmern – eine Aufgabe, der sich Parlament und Volk in den nächsten ein bis zwei Jahren endgültig unterziehen müssen.

Regierungsumbildung nach schweizerischer Art

Gerade in diesem Zusammenhang wird von nun an *eine* Stimme aus dem Bundeshaus besonders spürbar fehlen: jene Nello Celios. Nicht dass er die Lösungen solcher Probleme im Sacke gehabt hätte; er selbst wäre der letzte, der so etwas behaupten würde. Aber er hat es immer wieder verstanden, in wichtigen Situationen das richtige Wort zu finden, komplexen Zusammenhängen jene menschliche Dimension zu verleihen, die auch der «Mann von der Strasse» auf Anhieb verstand. Er hatte auch die seltene Gabe, dem Volk oder einzelnen Gruppen die Leviten zu lesen, ohne dass Wunden aufgerissen worden wären. Dafür weiss ihm die ganze weite Öffentlichkeit Dank. Er brachte einen unverwechselbaren Ton in die schweizerische Politik, den wir alle missen werden. Es gehört im übrigen auch mit ins Bild, dass er es war, der mit einem einsamen Entscheid die grosse «Regierungsumbildung» 1973 auslöste.

Zwar dürfte er zwischenhinein ein wenig irre an seinem Entschluss geworden sein, als die offiziellen drei Nominationen auf so grosse Kritik stiessen. Doch seine Amtszeit blieb bis zuletzt unter einem guten Stern, auch wenn verfassungsmässige Schranken das Endergebnis unabänderlich beeinflussen mochten. Das immer wieder als schwach und launisch kritisierte Parlament rang sich dazu durch, den Wahlakt aus der Routine herauszuführen und zu einem echten Entscheidungsprozess wiederaufzuwerten. Die drei Männer, die das Rennen schliesslich machten, stehen unserer Landesregierung sehr wohl an. Was sie alle drei verbindet, ist der Sinn für die kollegiale Kooperation, ohne

die unser Regierungssystem seinen Sinn und seine Mitte verliert. Es sind Männer, die mit beiden Füssen auf dem Boden stehen und die ausnahmslos durch jene Leidenschaft zu diesem Staate gekennzeichnet sind, ohne die eine wirklich staatsmännische Leistung nicht zustande kommen kann.

Am schwersten mag es – zunächst jedenfalls – Willi Ritschard, der zweite gelernte Arbeiter im Bundesrat, haben. Als ehemaliger aktiver Gewerkschafter ist er einem Teil seiner Partei – welche Ironie des Schicksals! – zu sehr «rechts». Was das im einzelnen heissen soll, lässt sich nur vermuten: Bundesrat Ritschard ist kein «Neomarxist» Marcusescher Prägung; er ist ein Politiker, bei dem «das Herz links schlägt» und der im übrigen erkannt hat, dass eine florierende Gesellschaft eine gesunde Wirtschaft zur Voraussetzung hat. Ein Sozialist aber, der die Marktwirtschaft für ein gutes Prinzip und unsere Gesellschaft nicht zum vorneherein für zerstörungswürdig hält, ist offenbar in den Augen einer «Neuen Linken», wie sie auch einige sozialistische Parlamentarier verkörpern, kein wirklicher «Sozialist» mehr. Doch das wird Willi Ritschard kaum davon abhalten, mit voller Kraft an die neue Aufgabe heranzutreten. Die Sympathie weitester Volkskreise ist ihm dabei gewiss.

Belastungsproben

Der «neue» Bundesrat wird sich rasch einigen schweren Belastungsproben ausgesetzt sehen. Bundesrat Celio war es in seinen letzten wahrhaft staatsmännischen Reden nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, dass die schönen Tage leidlich voller Bundeskassen endgültig der Vergangenheit angehören. Damit wird zum Beispiel auch in der Sozialpolitik ein anderer Wind wehen müssen, als dies in der Ära Tschudi – der Ausdruck ist angesichts der grossen Tatkraft des scheidenden Innenministers durchaus am Platze – der Fall gewesen war. Mit dem Mitbestimmungsproblem und der Fremdarbeiterfrage liegen weitere Pendenzen vor, die schon 1973 entscheidend präjudiziert wurden, die aber dem neuen Bundesrat noch einige Sorgen bereiten werden. Die Flut der hängigen Volksinitiativen deutet im übrigen nachdrücklich darauf hin, dass die Landesregierung von verschiedensten Seiten «in Trab» gehalten wird, und zwar in einem Rhythmus, der den Dimensionen der Probleme nicht immer angemessen ist. Wir laufen auch in der Politik Gefahr, in einen Stil der Geschäftigkeit um der Geschäftigkeit willen zu verfallen.

Von der «Bestandesaufnahme» zum Verfassungsentwurf

Unter diesen Bedingungen ist es ein besonders glücklicher Umstand, dass die 1965 eingeleitete eidgenössische Bestandesaufnahme in Richtung einer Totalrevision der Bundesverfassung im verflossenen «Jahr des Übergangs» ein gutes Stück vorangebracht worden ist. Der Schlussbericht der «Kommission Wahlen» konnte der Öffentlichkeit vorgelegt werden, eine reichhaltige, hochinteressante Dokumentation, die deutlich die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen einer Totalrevision unter den Bedingungen der «Konkordanzdemokratie» aufzeigt.

Der Bundesrat seinerseits hat ungesäumt zu verstehen gegeben, dass er gewillt ist, auf diesem Werk, das den un-

verkennbaren Stempel des hochverdienten alt Bundesrates F. T. Wahlen trägt, entschlossen weiterzubauen. Erstklassige Rechtslehrer sind an der Arbeit, um die Grundlagen für den Fortgang des Unternehmens im Rahmen einer erweiterten Studiengruppe sicherzustellen, die einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten haben wird. Dafür bedarf es zwar keiner – ohnehin nicht vorhandenen – Grundwelle im Volk, da es sich unter den heutigen politischen Bedingungen nicht um einen «grossen Wurf», sondern eher um verfassungspolitische «Feinmechanik» handeln kann. Es bedarf aber doch des guten Willens aller politisch führenden Kräfte dieses Landes, wenn das Ziel der ganzen Übung erreicht werden soll: die grossen Probleme von Staat und Gesellschaft im Gesamtzusammenhang zu betrachten und unsere Institutionen entsprechend auf der Höhe der Zeit zu halten.

Richard Reich

WATERGATE UND DIE FOLGEN

Es ist nicht zu früh, die Watergate-Affäre schon jetzt aus der Rückschau zu betrachten, ihre Bedeutung zu untersuchen und ihre Konsequenzen abzuschätzen. Verschiedene Zeitungen, zumindest die konservativeren, welche den Skandal gerne begraben und sich den Tagesgeschäften widmen möchten, zeigen Interesse an der *Auswirkung*, welche Watergate auf die Reihe der Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen von 1976 haben wird. Dies ist ein Zeichen dafür, dass Amerika, wie es seiner Gewohnheit entspricht, schon in die Phase des *Vergessens* getreten ist, allerdings nicht ohne geschworen zu haben (wie es auch seiner Gewohnheit entspricht), dass die Menschen etwas gelernt haben aus diesem neuen Symptom der «Korruption in der Regierung». Dies ist nötig, um das «gute Gewissen» der Amerikaner wiederherzustellen; denn alles, auch das Üble, muss dem grösseren Ruhm des demokratischen Systems, der Unabhängigkeit der Rechtsprechung und der Macht des Volkes über die von ihm gewählten Beamten dienen.

Auch wenn Richard Nixon nicht zurücktritt und seines Amtes nicht enthoben wird, geht er doch geschwächt, wenn nicht geradezu gelähmt aus dieser Affäre hervor. Zwar ist Amerika längst nicht mehr die Nation früherer Zeiten, die sich in aller Unschuld von den Grundsätzen eines nüchternen Pragmatismus leiten liess, vielmehr beherbergt sie nun zwei Ideologien: die der Linken und die der Rechten, welche in einem Konflikt festgefahren sind. Ein Parteiführer darf aber auch jetzt nicht dafür eintreten, dass alle Mittel, einschliesslich nächtlicher Einbrüche, erlaubt sind, um die andere Partei am Wahlsieg zu hindern. Millionen von Demokraten stimmten im Jahre 1972 für Nixon aus Furcht vor George McGovern und seinen extremistischen Gefolgsleuten, die beinahe die demokratische Partei erobert hätten; doch muss das Fair play auf jeden Fall gewährleistet bleiben, sogar um den Preis einer Lähmung der Exekutive auf innen- und aussenpolitischem Gebiet. Vielleicht hätten die Massenmedien einem anderen Präsidenten

verziehen, wie sie es bei John F. Kennedy im Jahre 1960 taten, als dieser dank der vielen tausend nachträglich in der Stadt Chicago eingegangenen Stimmen gewählt wurde – wobei der Bürgermeister Chicagos ein guter Freund der Kennedys war. Aber Nixon überschritt die unsichtbare Linie des noch Statthaften, zudem verhielt er sich im Prozess unschlüssig und schwerfällig, seine Rückzieher wurden ihm angekreidet, so dass er den Spitznamen «tricky Dick» allmählich verdiente. Die Massenmedien hatten sowieso nicht vergessen, dass der junge Senator Nixon im Jahre 1948 mit Erfolg gegen den für die Sowjetunion tätigen Spion Alger Hiss gerichtlich vorgegangen war. Im Lauf der Jahre schuf Nixon inner- und ausserhalb der Politik das Pendant zum Regierungsstil General Francos; er wurde zur Zielscheibe des Hasses der Progressiven und der Linken. Er konnte nichts mehr recht machen, auch dann nicht, als er Amerikas Verstrickungen in Vietnam beendete. Die Legionen seiner Feinde müssen für ein neues Manifest des Bösen durch den Mann gebetet haben, den sie verabscheuen: Die Watergate-Affäre und deren äusserst ungeschickte Handhabung, die damit verbundenen offensichtlichen Untaten und das Sich-Verschanzen hinter den «Privilegien der Exekutive» wurden zu einem klassischen «Nixonismus» in den Augen der linken Intellektuellen und Zeitungsleute. In den Presseräumen Washingtons und New Yorks wird nicht einmal geleugnet, dass Journalisten, Kameraleute, Redaktoren und Kommentatoren die Schuldigsprechung schon vollzogen haben, ohne den Richterspruch abzuwarten. Wiederum ist es bemerkenswert, dass die gleichen Medien Daniel Ellsberg, welcher seine Schweigepflicht durchbrochen und die Pentagon-Papiere veröffentlicht hatte, nicht verurteilten, sondern zur Berühmtheit hochspielten. Zweierlei Normen, zweierlei Massstäbe. Nixon hätte wissen müssen, wie gefährdet er war, waren doch seine Zusammenstösse mit den Berichterstattern zahlreich gewesen und noch in bester Erinnerung.

Die amerikanische Seele versteht es, Zynismus und Moralisieren mit vollendeter Kunst, wenn auch unbewusst, miteinander zu vermischen. Das demokratische System, wie es in diesem Lande von den Gründervätern eingerichtet worden war, bietet den Versuchungen zur Korruption und zum Machtmissbrauch grossen Spielraum: deren Enthüllung jedoch kennt gewöhnlich keine Gnade. So beging Richard Nixon *das* Verbrechen, welches gnadenlos geahndet wird: Er gab (sehr wahrscheinlich) der Versuchung nach, tat aber nicht alles, um die Beweise der Verfehlungen wegzuschaffen. Das System kann es sich nicht leisten, sich in seiner Nacktheit blosszustellen – so wenig wie ein König von Gottes Gnaden es sich leisten kann, zuzugeben, dass Gott ihm seine Gnade entzogen hat. Millionen von Amerikanern, sowohl die in politischen Fragen versierteren New Yorker wie auch die einfachen Farmer des Mittleren Westens oder die Lastwagenführer sind buchstäblich verzweifelt darüber, dass ein Präsident so etwas getan haben könnte! Und das Ausmass des Misstrauens, das Nixon umgibt, trat ganz unerwartet aus dem Munde Henry Kissingers zutage, der voller Entrüstung sagte, viele Amerikaner glaubten, der Alarm wegen des Nahostkrieges wäre in Tat und Wahrheit der Beginn eines Belagerungszustandes, wobei Nixon die Streitkräfte mobilisiert hätte, um den

Kongress zu übergehen und illegal an die Macht zu gelangen. Vor einigen Jahren, als aktive Friedensbemühungen in Vietnam stattfanden, warnte man in einem Leitartikel der New York Times das Pentagon, dass «die Vereinigten Staaten nicht Frankreich seien», dass sich dieses Land für Staatsstreiche nicht eigne. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Chile, wo die Militärs Allende verdrängt und die Macht übernommen hatten, fürchteten progressive Kreise tatsächlich, dass ihre Stunde geschlagen hätte und dass Nixon und die Militärs es schliesslich schaffen würden! Gerüchte gehen um, dass unzufriedene Hauptleute und Obersten, die zuerst einen Krieg, dann ihre Position als Oberbefehlshaber (durch Amtsenthebung) verloren hatten, merkwürdigen Gedankengängen nachhängen. Ich persönlich glaube kein Wort von diesen Gerüchten – als Symptom des Geisteszustandes mancher Leute sind sie beachtenswert.

Tatsache ist, dass sich ein läuterndes Drama abspielt, das die Seele des amerikanischen Volkes mit pseudo-moralischen Konflikten nährt, die Zukunft der politischen Praxis sich aber bereits abzuzeichnen beginnt. Nixon kann morgen ein seines Amtes enthobener Präsident sein: heute jedenfalls ist er Parteiführer und muss darauf achten, dass die Republikaner in den Nachwahlen vom nächsten Jahr und in den Präsidentschaftswahlen von 1976 nicht mehr als nötig geschädigt werden. So kommen die älteren Staatsmänner der Partei in den Genuss eines gewissen Dekorums, zum Beispiel Senator Goldwater. Seine Rolle nach dem Höhepunkt im Ritual besteht darin, die aufgebrachten Gemüter zu beruhigen; so erklärte er, dass er an die Unschuld des Präsidenten glaube. Gleichzeitig erlaubt das Ritual den jüngeren Männern, wie beispielsweise den Senatoren Buckley (New York) und Dominick (Colorado) – Männern also, die bald auf den Wahlmarsch gehen müssen –, den Präsidenten zu kritisieren und sogar vorzuschlagen, er solle zurücktreten. Schliesslich, wenn er dies nicht täte: wäre es denkbar, dass er für republikanische Kongress-Kandidaten und die Regierung werben würde? Das wäre wahrlich eine fatale Handlungsweise mit tödlichem Ausgang. So oder anders: Nixon muss entweder heute oder spätestens nächsten Sommer verschwinden. Das System ist elastisch genug und kennt genügend Möglichkeiten, um ihm den Weg dazu zu weisen, ohne Skandal und sogar abseits des Scheinwerferlichts.

Schliesslich müssen wir die Frage stellen: Gibt es in Amerika eine innenpolitische Krise auf den Spuren von Watergate und den vielen Fäden, welche die Leute um diese peinliche Affäre herum gesponnen haben? Die vorsichtige Antwort muss lauten, dass es eine innenpolitische Krise gibt, dass diese aber nicht durch Watergate entstanden, vielmehr dadurch verschlimmert worden ist. Die Vereinigten Staaten, die ich vor fünfundzwanzig Jahren, als ich im Jahre 1949 Europa verlassen hatte, kennenlernte, waren Erschütterungen gegenüber erstaunlich resistent: zum Teil, weil die amerikanische Psyche öffentlichen Angelegenheiten volles Gewicht beimessen und um solche Affären herum die öffentliche Rhetorik einsetzen muss (da subtilere psychische Angelegenheiten in der puritanischen Seele unterdrückt werden müssen); zum Teil, weil die damaligen öffentlichen Angelegenheiten, auch wenn sie dramatisch

waren, von einer Nation bewältigt wurden, welche immer noch an die Autorität glaubte und diese verkörperte. Man denkt hierbei an die Entlassung General MacArthurs, an die MacCarthy-Hearings, an den Entschluss Eisenhowers, seinen jungen Vizepräsidenten Richard Nixon von den Anschuldigungen, Wahlgelder angenommen zu haben, zu befreien. Heute nähren solche Fälle die Skepsis der Menschen am System. Nicht nur weil hohe Beamte als korrupt demaskiert werden, sondern weil im eigenen Privatleben der Leute ein Element der Unsicherheit Raum gefunden hat: Wohin sie auch immer schauen, starrt ihnen Leere ins Gesicht, die Hohen und die Niedrigen spiegeln sich gegenseitig und keiner von ihnen wirkt überzeugend.

Das sind die negativen, störenden Elemente, und sie können zu einer moralischen Zersetzung führen, gegen die man nicht aufkommt. Für eine grundsätzlich optimistische Nation, deren politische Phantasie den routinemässig bekannten Rahmen einfach nicht überschreiten kann, könnte dies alles einen schweren Schlag bedeuten. Es ist leider nicht wahr, was die öffentliche amerikanische Rhetorik sagt, dass «wir aus der Lektion lernen, zum Beispiel unsere Politiker besser kontrollieren werden». Je grösser das System wird, desto mehr (und nicht desto weniger) Versuchungen bietet es. Die öffentliche Moral, durchdrungen von einer nihilistischen Kultur, erweist sich je länger je weniger als ein Abschreckungsmittel gegen korrupte Handlungen. Solche Gedanken werden jedoch sorgfältig vom öffentlichen Leben ferngehalten. Offiziell sind die Vereinigten Staaten immer noch ein optimistisches Land, dessen Regierungssystem auf diesem Planeten seinesgleichen sucht.

Thomas Molnar

SOWJETISCHE STREIFLICHTER: STAAT, GESELLSCHAFT, INDIVIDUUM UND IRRENHAUS

Der Staat

Nach dem Marxismus-Leninismus ist der Staat das Organ der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der übrigen Klassen; eine Ausnahme bildet die Sowjetunion, wo die Überreste der feindlichen Klassen schon liquidiert worden sind und der Staat deshalb als Klassenregulator auftritt. In den übrigen «sozialistischen» Ländern hat er noch einige Reste seiner Unterdrückungsfunktion beibehalten; die Entwicklung in Richtung eines Volksstaates – anstelle des Klassenstaates – geht aber schnell voran. Nach dem weltweiten Siege des Sozialismus/Kommunismus – dies ist eine «objektive Gesetzmässigkeit» der Entwicklung der Menschheit – hört jedoch der Staat auf zu existieren; Armee, Polizei, Gerichte usw. werden überflüssig, an die Stelle der staatlichen Verwaltung tritt die Selbstverwaltung der Gesellschaft, die territorialen Verwaltungseinheiten werden durch die Produzentenkollektive, die gleichzeitig ein Wohnkollektiv darstellen, ersetzt. Sogar schon im heutigen Stadium braucht der «sozialistische» Staat die Armee nur zur Verteidigung gegen den Imperialismus («Armee neuen Typs»), während die Armeen der bürgerlich-ka-

pitalistischen Staaten – deren wichtigste aussenpolitische Funktion doch die Aggression ist – auch eine innerstaatliche Unterdrückungsfunktion innehaben (Armee «alten Typs»).

Der Staat braucht also der Theorie nach im Sozialismus keine Sorge für die innere Sicherheit zu haben. Es stellt sich dann allerdings die Frage, wozu die riesigen sogenannten «inneren Streitkräfte» (offizieller Ausdruck!), die Kasernen-Einheiten des Staatskomitees für Sicherheit (KGB) und besonders die nichtuniformierten KGB-Beauftragten in jeder Arbeitsstelle, Hochschulfakultät und militärischen Einheit beibehalten werden? Man weiss, dass sie die allgemeine Kontrolle ausüben und das KGB über alles informieren, niemand weiss jedoch, wer sie sind. Die KGB-Einheiten werden nach dem Muster der regulären Armee rekrutiert. Niemand weiss also, wohin er zum Dienst einberufen wird (der in der Armee und im KGB dieselbe Dauer hat, zwei beziehungsweise drei Jahre).

In Wirklichkeit scheint die Hauptfunktion des Staates die Garantie der Sicherheit der Partei zu sein, welche verfassungsmässig (Verfassung der UdSSR, § 126) Staat, Gesellschaft und Wirtschaft allein leitet und kontrolliert.

Die Parteiführung

Der Staat ist praktisch ein Instrument der Kommunistischen Partei (KP), welche sich das Monopol der «Kaderpolitik», das heisst der Besetzung aller wichtigen Posten im Staats- und Wirtschaftsapparat aufgrund der «Nomenklaturlisten» vorbehält (Art. 2/h des sowjetischen Parteistatuts, beziehungsweise der Zentralkomitee-Beschluss aus dem Jahre 1940) und den eigenen Funktionären gegenüber dem Staat die strafrechtliche Immunität garantiert (§ 12 des Parteistatuts). Die «Parteiministerien», das heisst die Abteilungen im Apparat des Zentralkomitee-Sekretariates, leiten und kontrollieren die parallelen staatlichen Ministerien, die Abteilungen in den lokalen Parteikomitees hingegen diejenigen der parallelen Staatsverwaltung und Wirtschaft. Die gesamte Armee ist der Partei unterstellt (Art. 65–67 des Parteistatuts), und zwar durch die Parteizugehörigkeit aller höheren Offiziere und durch das Funktionieren des «politischen Apparates» der Armee mit der politischen Hauptverwaltung im Verteidigungsministerium an der Spitze, die gleichzeitig das Wehrministerium (Wehrabteilung) des Zentralkomitee-Sekretariates bildet.

Die «Unbeirrbarkeit» der Erkenntnisfunktion der Partei ist eine «objektive Gesetzmässigkeit», woran jeder Bürger glauben muss *(credo quia absurdum)*; es ist allein die KP, welche aufgrund der dialektischen Erkenntnismethode die künftige Entwicklung «unbeirrbar» voraussieht und daher allein das Recht auf die gesamte Führung und Kontrolle innehat.

Die Grundrechte des Individuums

Auch Gesellschaft und Individuum existieren im Schatten der Partei und müssen sich für die Verwirklichung der Parteipolitik einsetzen. Die ausserparteilichen Organisationen werden direkt von den in ihnen tätigen Parteigruppen geleitet und kontrolliert (Art. 68–69 des Parteistatuts). Den Bürgern werden garantiert: die Vereinsfreiheit, aber nur «in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen» (§ 126 der Verfassung der UdSSR), die Rede- und

Pressefreiheit, die Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit von Strassenumzügen und -demonstrationen, aber wieder «in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung der sozialistischen Ordnung» (§ 125 der Sowjetverfassung), die Unverletzlichkeit ihrer Person (§ 127 der Verfassung), wobei aber bei Staatsdelikten Artikel 133 der Strafprozessordnung der RSFSR – und die entsprechenden Paragraphen der Strafprozessordnungen der übrigen vierzehn Republiken – dem Obersten Staatsanwalt, dem Obersten Militäranwalt der RSFSR beziehungsweise dem Generalstaatsanwalt der Union erlauben, die Untersuchungshaft unbefristet zu verlängern. Auch die Gewissensfreiheit wird garantiert. Partei und Staat fördern aber die Kampagne des «wissenschaftlichen Atheismus», um die Religion als Überrest der kapitalistischen Vergangenheit zu liquidieren (§ 124 der Verfassung und Teil II. des geltenden Parteiprogrammes). Die Kirche wird vom Staat getrennt, der Staat hat aber durch den 1943 und 1944 errichteten Rat für die Angelegenheiten der rechtsgläubigen orthodoxen Kirche und den Beirat für diejenigen der übrigen Kirchen sowohl die zentrale als auch die lokale Leitung und Kontrolle – letztere durch die im Rahmen des Sowjetapparates tätigen lokalen Organe des Rates beziehungsweise Beirates.

Die verschiedenen nichtsowjetischen «sozialistischen» Verfassungen garantieren die Freiheit auch für Wissenschaftler und Künstler, aber nur, wenn ihre Arbeit dem «Volk» dient. Die Staatsbürger dürfen sogar kritisieren, sie müssen aber sehr aufpassen, dass ihre Kritik nicht zum «besonders gefährlichen Staatsdelikt» (Gesetz vom 25. Dezember 1958) erklärt wird: Unterhöhlung oder Schwächung der Sowjetmacht (§ 3), antisowjetische Agitation und Propaganda (§ 7), und dass ihnen nicht «gegenrevolutionäre Absicht» (§ 68 des Strafgesetzbuches der RSFSR) vorgeworfen wird. Sie dürfen die Generallinie der Partei beziehungsweise die Partei als solche, die führenden Funktionäre und das System nicht kritisieren, sonst werden ihre Äusserungen strafrechtlich oder disziplinarisch geahndet. Man erwartet also eine «aufbauende» Kritik. Niemand kennt jedoch die Grenze zwischen erlaubter und unerlaubter beziehungsweise strafbarer Kritik.

Das Irrenhaus

Vor etwa zehn Jahren führte man eine neue Praxis ein: Wer die Regeln der Kritik verletzt, kommt nicht ins Gefängnis oder ins Straflager, sondern ins Irrenhaus, da – laut Grundlagen der strafrechtlichen Gesetzgebung vom 25. Dezember 1958 – das Ziel der staatlichen Eingriffe ins Privatleben des einzelnen immer die Verbesserung und die Erziehung ist. Man könnte gegen Oppositionelle beispielsweise die oben erwähnten Paragraphen anwenden, doch wird heute eine willkürliche Unterscheidung gemacht: Einige Oppositionelle und Kritiker werden ins Gefängnis gesteckt, andere werden ohne Gerichtsverfahren ins Irrenhaus eingeliefert und dort «geheilt». Das alte Prinzip des römischen Rechts, *nulla poena sine foro*, wird konstitutionell verankert (§ 127 der Verfassung: Niemand kann anders als auf Gerichtsbeschluss oder mit Genehmigung des Staatsanwaltes verhaftet werden). Doch schützt dieser Artikel vor der Deportation von zwei bis fünf

Jahren nicht, da diese laut Ukas vom 5. Mai 1961 von der Polizei angeordnet und nicht als Strafmassnahme, sondern als Verwaltungsakt angesehen wird. Dies gilt auch für die Verschikkung in Irrenhäuser.

Einschränkung der Freiheit im Interesse der Freiheit

Einer der angesehensten sowjetischen Rechtsgelehrten, Jowtschuk, schrieb vor einigen Jahren, in den sozialistischen Ländern werde die vollständige geistige Freiheit vorübergehend nur der Gesellschaft, dem «Volk», nicht aber dem Individuum gewährt. Die Einschränkung der individuellen Rechte geschehe jedoch im Interesse des Individuums und der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang erklärte der damalige polnische Parteichef Gomulka: «Nur wir, nur das System der Diktatur des Proletariats, können in aufrechter Haltung den Grundsatz der Einschränkung der Freiheit im Interesse der Freiheit verkünden» (Nowe Drogi, Nr. 8/1967, S. 12). Für Schriftsteller, Journalisten, Gelehrte und für alle Staatsbürger gelten die Worte des heute altershalber schon nicht mehr aktiven Leiters der ideologischen Kommission des Zentralkomitees der KPdSU: «Es gibt bei uns vollständige Freiheit zum Kampf für den Kommunismus. Aber es gibt keine Freiheit zum Kampf gegen den Kommunismus, und es kann eine solche auch nicht geben» (Iswestija, 23. Dezember 1962, S. 3).

Die Opposition ist sowohl auf politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene oder in Literatur und Presse verfassungswidrig. «Freiheit für alle ist erst im Vollkommunismus denkbar», heisst es offiziell in der Prawda (19. Mai 1968, S. 2–3). Verstösst jemand gegen dieses Prinzip, so muss er mit der «Unterdrückungsfunktion» des Staates rechnen.

Das Verhältnis zwischen Partei und Staat einerseits und Individuum andererseits lässt sich am besten am Beispiel von zwei Kartenspielern zeigen: Nur einer kann gewinnen, der andere *muss* verlieren! Und dieser andere ist heute noch der Staatsbürger.

László Révész

VERALLGEMEINERUNGEN

Eindrücke aus der Schweiz und Amerika

Nach den gepolsterten Bänken der Presbyterian Church, dem lächelnden Rezeptions-Paar, das am Kirchenportal die Besucher des Gottesdienstes begrüsst, nach den sachlichen Erklärungen des Pfarrers zur Bibel und zu den Problemen des evangelischen Lebens fühlen wir uns hier auf den harten Bänken der thurgauischen Kirche inmitten einer gesellschaftlich viel verschiedenartigeren Gemeinde teils zu Hause, teils befremdet. Die Predigt ist, an sich mutig und bedeutsam, voller pathetischer Wendungen des neunzehnten Jahrhunderts. Der biedermeierlich-betuliche Tonfall passt schlecht zur Anstrengung, jeden Satz zu aktualisieren. Die Konfirmanden in der Bank hinter uns stören denn auch durch verschiedene sehr wirklichkeitsbezogene Bemerkungen. In

die zwinglianische Umgebung werden auch Dissidenten gezwungen – in Amerika ist der Konsensus der WASP-Gemeinde, selbst unter den Jungen, zum mindesten in unserer Gegend, beängstigend stark.

Formen und freie Energie stehen in der Schweiz oft in einem herrlichen Spannungsverhältnis. Im öffentlichen Strandbad unterrichtet ein Lehrer, der im Militär Hauptmann oder mehr sein könnte, eine Schar von kräftigen Sekundarschülern. Sie zeigen ihre Sprünge und kleinen Kunststücke ohne Prahlerei, diszipliniert, voll Witz und Humor. Wer spricht denn von der verlorenen Generation?

Kulturlandschaft. Auf dem Seerükken ein Stück Wald: Fichten, Kiefern, junge Buchen, dazwischen Gestrüpp. Im Hintergrund der Bodensee, links Meersburg, rechts vorne Kesswil. Der schmale Weg führt aus dem Wald gegen Kornfelder; die Landschaft ist schön, aber in ihrer äusseren Gestalt so, wie man's in manchen Teilen der Welt finden kann. Wald wie diesen aber in seiner Gepflegtheit, Begehbarkeit, der bunten Mischung von Nutzholz und Wildgewachsenem, im Abwechslungsreichtum von Belebtheit und Stille treffen wir in Amerika nie.

Auch nicht die entsprechenden Menschen. Ein alter Fischer in unserem Dörfchen hat seine Frau verloren. Es kommen Kinder und Stiefkinder, um das Erbe zu ergattern. Ein Nachkomme, durch die schweren Tage im kleinen Haus verwirrt, beginnt zu toben, rennt zum Friedensrichter, wie die andern sich zur Abdankung versammeln. Der Witwer, zermürbt, aber immer noch voller Friedfertigkeit, kurz vor dem Begräbnis: «Wollen wir sehen, was jetzt gespielt wird.» Das Familienproblem wird später durch das Eingreifen des Gemeindeammanns gelöst.

Stille und Belebtheit, Tragödie und Glück im Winkel sind nahe nebeneinander. Das ist immer noch so und wird Bestand haben. Wie liebenswert, wie kultiviert der kleine Menschenkreis. Jener Pioniergeist, den wir in der Nähe von Philadelphia erlebt haben, vor allem unter Quäkern, kommt hier kaum vor. Er zeitigt Mut, der wagt und gewinnt, der sich auch ins Unheimliche hinauswagt, der sich einsetzt und die süsse Last des Übernommenen vergisst.

Der amerikanische Pioniergeist – negativer ausgedrückt: die harte Erfolgsmentalität – scheint mir oft in einem seltsam naiven Verhältnis zur Tradition zu stehen. Bald vergisst man alles Alte, bald hätschelt man Imitationen. Doch auch in der Schweiz erleben wir momentan eine beängstigende Unbekümmertheit im Leistungsdenken, und andererseits reaktionäre Borniertheit. Wohnstätten schiessen aus dem Boden; sie können kaum mehr Häuser genannt werden und sind Fremdkörper in der geschichtlich gewachsenen Landschaft. Geld verlangt Investitionsmöglichkeiten, und so entstehen die unzähligen kleinen Scheusslichkeiten. Gegen sie wehren sich Bund und Kantone mit ihren Schutzmassnahmen. Vielleicht ist es zu spät. Vielleicht schadet auch die sektiererische Emsigkeit gewisser Umweltschützler, gewisser Naturfreunde und der Burgenvereine der guten Sache mehr, als sie nützt. (Beim Besuch einer alten Burg in Graubünden vor einigen Wochen und unserem Missfallen angesichts so vieler renoviersüchtiger Idealisten, die an der Ruine herumpflastern, wird mir bewusst, dass ich in Amerika seinerzeit die echteste Ruine gesehen habe: eine zerfallene Mühle in

einem gottverlassenen Tälchen der Green Mountains.)

Weil sich von den beiden architektonischen Tendenzen, der bewahrenden und der fortschrittlichen, die letztere seit einigen Jahren derart unheimlich aktiviert hat, haben auch die bewahrenden überbordet. Das schmerzt vor allem in einem Land mit an sich gesundem Sinn für das, was Gegenwart und Vergangenheit zu bieten haben.

Rückkehr im September. Amerika erschreckt den Ankommenden doch immer wieder. Die Hitze im Kennedy-Airport, die Dienstleute, die zu keinem Dienst bereit scheinen, der Mangel an Informationsmöglichkeiten in diesem Computerland (wie ich mich an der offiziellen Auskunftsstelle nach der Eisenbahnverbindung nach Philadelphia erkundigen will, sagt man, um das zu erfahren, müsse ich nach Manhattan fahren), all diese Kleinigkeiten enttäuschen. Dann aber wieder, trotz allem Schmutz und aller Hässlichkeit der Umgebung, welch selbstverständlich-gelöstes Lachen der Gepäckträger und müssig Herumstehenden! Sauberkeit bedeutet offenbar nicht Glück.

Nachdem es klar geworden ist, dass sich Nixon von seinem der Bestechlichkeit beschuldigten Vizepräsidenten distanzieren will, kommentiert der populäre, kluge Fernsehkommentator Harry Reasener unter dem Titel «Loyality» am Ende der Nachrichten: Wenn Agnew vom Präsidenten im Stich gelassen werde, schade das dem letzteren vielleicht mehr als die ganze Watergate-Affäre; die Überzeugung, die Vorgesetzten müssten mit dem guten Beispiel vorangehen, sei immer noch weitverbreitet; in einer Truppe, in der die Offiziere mit den Soldaten nicht durch dick und dünn gingen, sei alles verloren. Loyalität sei mehr als Gefolgschaftstreue. – In der Tat spüren wir bei den ärgsten Agnew-Feinden nach seinem Fall plötzlich eine Spur von Sympathie für den gebrochenen Mann.

Eine Woche später, nach der Entlassung des Spezialbeauftragten Cox, kurz vor dem Höhepunkt der Krise, predigt der hier schon mehrfach zitierte Dr. Watermulder über die Kritik von Paulus an den selbstgemachten Göttern von Ephesus, Apostelgeschichte 19, 26; selbstverfertigte Götter seien nicht Gott. Das amerikanische Leben sei durch die konstitutionelle Krise, aber auch durch die allgemeine Deroutiertheit (im Sexuellen, im Geschäftsleben) gefährdeter denn je. Wie die Epheser jene Artemis mit den unzähligen Brüsten verehrt, so verabsolutierten die Modernen die physische Lust. Und sie liebten im Alltag die Dinge und brauchten die Menschen, statt die Menschen zu lieben und die Dinge zu brauchen. Der Präsident, im Unterschied zum parlamentarischen System, wo ein König oder ein Staatspräsident die Staatsidee versinnbildliche, der Premierminister über die exekutive Macht verfüge, habe hier eine übermenschliche Aufgabe; er sollte das Image vertreten und Manager zugleich sein, und das gelinge nicht mehr. Pfarrer Watermulder singt mit der Gemeinde, statt dem früher vorgesehenen Kirchenlied, anschliessend «America the beautiful».

Die Meldungen zum Watergate-Skandal deprimieren, die Reaktionen des Volkes und einiger Vertreter des Volkes sind nach meinem Empfinden gesund. Die Antworten des neuen Vizepräsidenten zum Beispiel anlässlich der Konfrontation mit den Parlamentariern – «ich bin und war niemals ein

Heiliger» – wirken ehrlich-naiv und sympathisch. Ist in diesem Chaos eine Wiedergeburt der Nation zu erhoffen? Hängt die konstitutionelle Krise mit dem Erwachsenwerden Amerikas zusammen (dieses Landes, von dem manche Historiker gesagt haben, die geschichtlichen Epochen seien sich hier zu abrupt gefolgt und von ruhigem Wachstum sei nie die Rede gewesen)? Ein Reifungsprozess hängt gewiss stets damit zusammen, dass man ein besseres Verständnis für Proportionen gewinnt. Der Sinn für Proportionen ist hier, spüre ich immer wieder im Alltag, auch bei den Intelligentesten nicht sehr hoch entwikkelt. Man fällt von einem Extrem ins andere, man beschränkt sich, gerade im akademischen Bereich, allzu hurtig und selbstverständlich auf sein Spezialfeld, ist genau in den Fussnoten und hilflos im Haupttext. Den Hang zum Hierarchischen gibt es, wie überall auf der Welt, aber er wirkt hier im Verborgenen. Auch ein College-Präsident, mit dem fast alle Dozenten im jovialsten Verhältnis stehen, ist in mehr Bereichen sakrosankt als ein europäischer Rektor. Ich habe noch nie einen Kollegen getroffen, der weiss, was unser Präsident verdient. Vielleicht kann man die konstitutionelle Krise der Nation im Hinblick auf die so seltsam gelagerten Machtverhältnisse des gesellschaftlichen Lebens leichter verstehen.

Watergate als Fressen für die Klatschsüchtigen. Das allgemeinmenschliche Bedürfnis nach Klatsch ist, denke ich, in Amerika in den sogenannt besseren Kreisen kleiner als in den entsprechenden Kreisen der Schweiz. Jeder Schweizer ist des andern Nachbar. Die Machenschaften in Washington geben vielen den willkommenen Anlass, nicht nur zu verantwortungsbewusster politischer Neugier, sondern auch zu Gerede. Da die Grossen geschnüffelt haben, schnüffeln nun auch die Kleinen. Ein Hexenkessel.

Im Unterricht kommen wir im Zusammenhang mit einem Fall, wo man saubere Entscheidungskraft gewünscht hätte, auf das Englische «You can't eat your cake and have it too», was ziemlich genau unserem «Me cha nöd de Füfer und 's Weggli ha» entspricht. Nach einer schriftdeutschen Entsprechung suchen wir vergeblich; denn die Wendung «Man kann nicht auf zwei Hochzeiten tanzen» wirkt doch ganz anders. Auch das Italienische mit seinem «Non si puo avere la botte piena e la moglie ubriaca» ist weniger materialistisch, ebenso die französischen und spanischen Bilder. Ist die Tendenz, den Fünfer und das Weggli zu haben, in vielen Ländern, wie meine Kollegin aus Italien vermutet, einfach so selbstverständlich, dass die warnende Redensart nicht entstehen konnte?

Ein in den Vereinigten Staaten geborener Armenier erklärt seine Scheu vor den Fremdsprachen durch eine Kindheitserinnerung, die auch in anderen Einwandererkreisen ihre Geltung haben dürfte: in seiner Familie sei das Armenische die Geheimsprache der Eltern gewesen, und er habe darum oft, wenn jemand eine andere Sprache spreche, das Gefühl, er sollte nicht zuhören. In der Schweiz ist er nie gewesen. Wenn er während des Krieges jeweils von unserem Land und seiner Verschontheit gehört habe, sei ihm dieser Ausnahmezustand als höchst verwunderlich, ja ein bisschen verdächtig vorgekommen: «There must have been something wrong with this country.»

Hans Bänziger